

blätter des iz3w

informationszentrum dritte welt



Bevölkerungspolitik

außerdem:

Rwanda: Vorgeschichte des Konflikts

Mexiko: NAFTA als letzte Stufe
neoliberaler Transformation

Kuba: Innere und äußere Blockaden

Impressum

Hrsg.: Aktion Dritte Welt e.V. - Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, Kronenstr. 16 (Hinterhaus) D-79020 Freiburg i. Brsg., Tel.: 0761/74003, Bürozeiten: Mo.-Fr. 10-16 Uhr
NEU: Fax: 0761/709866

Zusammengestellt von: Isabel Armbrust, Uwe Göde, Thomas Herr, Uwe Jungfer, Sebastian Kasack, Georg Lutz, Bernhard Merk, Christian Neven-du Mont, Christine Parsdorfer, Gerhard Rieger, Bernd Riegraf, Nivien Saleh, Ann Stafford, Jörg Später, Udo Wolter.

Druck und Satz:
SOAK Hannover, Tel.: (0511) 1318621/22

Copyright bei der Redaktion und den AutorInnen.

Vertrieb für Buchhandel:
Prolit Verlagsauslieferung GmbH, Siemensstraße 16, Postfach 9, 35463 Fernwald (Annerod)
Telefon: (0641) 43071

Redaktionsschluß für Nr. 199:
1.7.1994

Anzeigenschluß für Nr. 199:
(Druckfertige Vorlagen) 8.7.1994

Jahresabonnement (8 Ausgaben) im Inland:
DM 54,- (für Rentner, Arbeitslose, Schüler, Studenten, Wehr- und Zivildienstleistende 46,- DM)
Förderabonnement: DM 100,-, im Ausland: Europa +16,- DM, Welt +24,- DM Porto/Jahr

Konten (Aktion Dritte Welt e.V.):
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 148 239-755
Postscheckkonto Basel Nr. 40-35 899
Hypo-Bank Bregenz Nr. 10 157 108 110

Eigentumsvorbehalt:

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, so ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Spenden:

Steuerlich abzugsfähige Spenden bitte auf Kto. 124 96 06 Volksbank Freiburg (BLZ 680 900 00).
Kto.-Inhaber: Stadtkasse, Verw.-Zweck: Durchlaufspende zugunsten Aktion Dritte Welt. Diese Spenden beinhalten kein Abonnement!

Inhaltsverzeichnis:

Kuba

Vorwärts, es geht zurück.S.3

Rwanda

Hintergründe der GewaltexplosionS.5

Kamerun

Eindrücke aus einem westafrikanischen LandS.10

Themenschwerpunkt Bevölkerungspolitik

VorwortS.15

Bericht von der letzten internationalen Vorbereitungskonferenz für die ICPD in Kairo - Prepcom 3S.16

Der feministische Weg durch die bevölkerungspolitischen InstanzenS.19

Interview mit einer brasilianischen Vertreterin der FrauengesundheitsbewegungS.22

Interview mit Mabel Moyo und Salina Mulengegwe, ZimbabweS.26

Bevölkerungsstatistik - Erfassung und KontrolleS.30

Bevölkerungspolitik gegen Migrantinnen in der BundesrepublikS.33

Kairo '94 - Aktuelles zur WeltbevölkerungskonferenzS.36

Buchtips, FilmeS.37

NAFTA

NAFTA und Mexikos neoliberale TransformationS.38

Chile

Bilanz der Sozialpolitik der vergangenen vier Jahre.S.42

Entwicklungsbanken

Jahrestagung der Interamerikanischen EntwicklungsbankS.46

Rezensionen

Indonesische Literatur (Teil III)S.48

BMZE/Bildungspolitik

Stellungnahme von GTZ-MitarbeiterInnen zum BMZE-Artikel in den "blättern" Nr.196S.50

LeserbriefS.51

Kurz belichtetS.52

KurzrezensionenS.56

ZeitschriftenschauS.58

Bücher, TagungenS.59

Nachfrage schafft an.

Deutsche Touristen mißbrauchen Kinder im Ausland.

Kinder in der Prostitution brauchen Ihre Unterstützung. Eine Broschüre über Kinderprostitution senden wir Ihnen gerne kostenlos zu. Schicken Sie uns einfach diese Anzeige mit Ihrer Anschrift.

terre des hommes Ruppenkampstr. 11a Spendenkonto 700
BR Deutschland e.V. Postfach 41 26 Osnabrücker Volksbank eG
Hilfe für Kinder in Not 49 031 Osnabrück BLZ 265 900 25

 terre des hommes

11089 sec 94 O

Im Mai erscheint

Lissy Schmidt

Wie teuer ist die Freiheit?

Reportagen aus der selbstverwalteten

kurdischen Region 1991-1993

232 Seiten, DM 24,00 / ÖS 187,00 / SFR 25,00

Neuer ISP Verlag, Kasseler Str. 1a, 60486 Frankfurt

Ein Funken genügte...

Hintergründe der Gewaltexplosion in Ruanda

In Ruanda geschieht zur Zeit eine menschliche Tragödie, die jegliches Beschreiben unmöglich macht. Die Frauen, Männer und Kinder, die vor dem Morden fliehen mußten, sind fassungslos. Viele haben zuviel Grausamkeiten und Brutalität erlebt, sprachlos warten sie auf eine Nachricht. Sie fragen sich, ob ihre Kinder, Eltern, Schwestern, Brüder und Freunde überhaupt noch am Leben sind.

Dieser Explosion von Gewalt, die in vier Wochen mindestens 200.000 Tote gefordert und Millionen Menschen zur Flucht getrieben hat, liegen viele Faktoren zugrunde. Ältere und jüngere Konflikte überlagern sich und wirken verstärkend aufeinander ein. Vom Westen kaum zur Kenntnis genommen, begann im Oktober 1990 die FPR, die Front Patriotique Rwandais der Exilruander, einen Krieg gegen Ruanda. Dieser Krieg verschärfte die schon äußerst schwierige wirtschaftliche Situation im Land. Kurz vor Kriegsbeginn hatte ein Demokratisierungsprozeß begonnen, der nach Zugeständnissen des seit 1973 amtierenden Präsidenten Habyarimana im Jahr 1991 durch eine Verfassungsänderung zu einem Mehrparteiensystem führte. Neben gemäßigten Parteien entstanden aus Teilen der ehemaligen, von Habyarimana gegründeten Einheitspartei MRND (Mouvement Républicain National pour la Démocratie et le Développement) zunehmend extremistische Gruppen. Dazu kam die Neugründung der faschistischen CDR (Coalition pour la Défense de la République).

Die neuen Parteien der politischen Mitte zerrieben sich in internen Querelen und Streitigkeiten untereinander und versuchten, das Regime Habyarimana zu diskreditieren. Doch dieser hatte weiterhin eine breite Unterstützung durch die Bevölkerung, da die neuen Parteien keine besseren Programme anbieten konnten.

Im April 1994, nach dem Abschluß des Flugzeugs, in dem sich der ruandische Prä-

sident und sein burundischer Amtskollege befanden, explodierte das Pulverfaß.

Die Präsidentenwache ermordete hochrangige Politiker und Zivilisten der politischen Mitte. Milizen (bewaffnete Jugendbanden) der Parteien MRND und der faschistischen CDR töteten Angehörige der Bevölkerungsgruppe Batutsi¹ und Intellektuelle der Bahutu aus dem Süden Ruandas, die FPR nahm den sogenannten Oktoberkrieg wieder auf, die ruandische Armee reagierte unverzüglich, und Zivilisten begannen, alte Rechnungen zu begleichen.

Der Oktoberkrieg

Am 1.10.1990 begannen Exilruander der FPR von Uganda aus einen Krieg gegen Ruanda. Sie erhoben gegenüber der Regierung in Kigali folgende Forderungen:

- Recht auf Rückkehr der seit 1959-1962 exilierten Ruander bzw. ihrer Kinder und Enkel,
- Einführung einer Demokratie und somit des Mehrparteiensystems in Ruanda,
- Wahrung der Menschenrechte der in Ruanda lebenden benachteiligten Batutsi, etwa 15% der Bevölkerung.

Die Batutsi, in ihrer politischen und wirtschaftlichen Macht durch die Kolonialmächte Deutsches Reich (1897-1916) und Belgien (bis 1962) gestärkt, stellten bis zur blutigen Revolution im November 1959 die herrschende Schicht Ruandas. Besonders im Norden, in den heutigen Präfekturen Ruhengeri und Gisenyi, konnten sie während der Kolonialzeit ihren Einflußbereich ausdehnen. Sie wurden als ruandische Kolonisatoren empfunden. Wegen der oft tödlichen Verfolgung mußten viele Batutsi während und nach der Revolution das Land verlassen. Viele blieben jedoch in Ruanda und arbeiteten am Aufbau eines neuen politischen Systems mit, in einem ab 1.7.1962 unabhängigen Ruanda. Es gibt seit langem zahlreiche Familien, die sich aus beiden Ethnien zusammensetzen.

Daß die ethnische Komponente bei den Kriegsmotiven eine Rolle spielt, wird von der FPR geleugnet. Dies geschieht mit dem



FPR-Kämpfer im Juni 1993

Hinweis auf wenige Bahutu, die in den 80er Jahren aus politischen Gründen aus Ruanda geflüchtet waren und als führende Persönlichkeiten in die FPR eingebunden wurden (z.B. der frühere Innenminister Ruandas und jetzige Präsident der FPR, Alexis Kanyarengwe). Es steht jedoch fest, daß die FPR ihre Wurzeln in der Flüchtlingsbewegung der 50er und 60er Jahre hat.

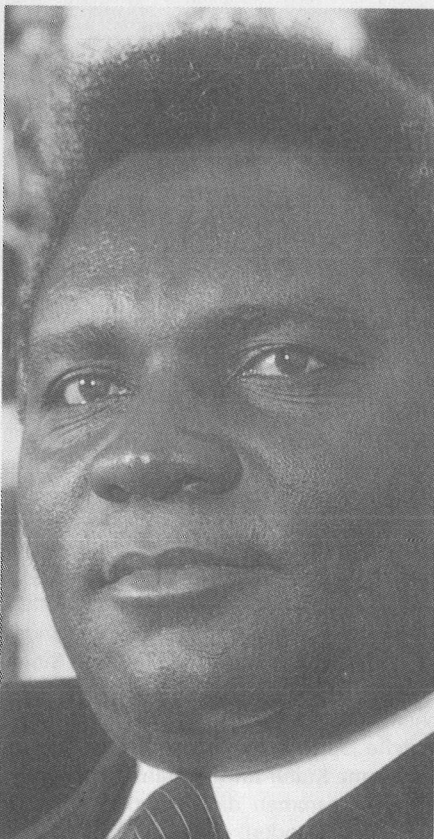
Bei den Bevölkerungsgruppen in Ruanda und auch im benachbarten Burundi handelt es sich nicht um Ethnien im engeren Sinne. Die beiden Gruppen bewohnen den gleichen geographischen Raum, sprechen die gleiche Sprache, verfügen über eine gemeinsame Kultur und Weltanschauung und bilden zusammen die Nation der Banyarwanda (Ruander). Eine unterschiedliche

geographische Herkunft, von der in der Kolonialzeit ausgegangen wurde, ist durch nichts zu beweisen, weder durch die Geschichtsforschung noch durch die orale Tradition der Rwander². Es ist jedoch festzuhalten, daß ein "ethnisches" Bewußtsein und damit eine "ethnische" Identität je nach eigener Geschichte bei vielen Rwandern und Burundern vorhanden ist und durch die Konflikte und Polarisierung der letzten Jahre gestärkt wurde.

Wirtschaftliche und soziale Verelendung

Bereits vor Beginn des Krieges befand sich Rwanda in einer äußerst schwierigen Lage. 'Umukanda' (den Gürtel enger schnallen) war seit Jahren die Devise. Die Regierung leitete ab Mitte der 50er Jahre einen wirtschaftlichen Reformprozeß ein, der sich direkt auf die Mehrheit der Bevölkerung (95%) im ländlichen Raum auswirkte. Die Schulgebühren wurden erheblich erhöht, die Versorgung in den Krankenstationen verteuerte sich. Zunehmend mehr Menschen verarmten, viele waren nicht einmal mehr in der Lage, die Gebühren für die Primarschule zu finanzieren. Für die meisten Rwander war der Besuch einer berufsbildenden Sekundarschule oder gar der Universität unerreichbar geworden. Selbst ein Minister, der nur sein ordentliches Gehalt bezog, hatte Schwierigkeiten, seinen Kindern eine entsprechende Ausbildung zu sichern. Weil der Regen ausblieb, gab es über mehrere Zyklen

Habyarimana - von den Politikern der Mitte dämonisiert



hohe Ernteverluste und damit eine sich verschärfende Nahrungsmittelknappheit. Nachdem die Regierung die Not der Menschen lange nicht zur Kenntnis nahm, gelang es erst 1989 auf Druck von Nicht-Regierungs-Organisationen hin, Lebensmittelhilfe aus dem Ausland anzufordern.

Aufgrund des ständigen Verfalls der Rohstoffpreise sanken die Einnahmen für die Exportprodukte Tee und Kaffee, die insgesamt 90% der Deviseneinnahmen stellten, immer weiter. Viele Kleinbauern, für die die Kaffeeproduktion die wichtigste oder gar einzige Geldquelle ist, mußten erhebliche Einbußen hinnehmen. Eine hohe Jugendarbeitslosigkeit und geringe Zukunftsperspektiven verschärfen die Unzufriedenheit in der Bevölkerung. Die hohe HIV-Infektionsrate (30% der städtischen Bevölkerung) verschärfte die psychische und wirtschaftliche Belastung. Steigende Staatsverschuldung und geringe Devisenreserven machten die Lage noch prekärer. Im November 1990 begann die Regierung trotz des Krieges mit der Durchführung eines Strukturanpassungsprogramms (IWF-Weltbank), mit den Konsequenzen: mehrmalige Abwertung der Währung, Verteuerung der Lebensmittel, noch geringere Einnahmen durch Exportkulturen usw..

Demokratisierung und gesellschaftlicher Zerfall

Im Januar 1989, nach einem allseits belächelten 100%igen Wahlsieg Habyarimanas stellte dieser ein neues politisches System in Aussicht, er sprach vom "aggiornamento politique" (politische Erneuerung). Im Juni 1990, kurz vor Kriegsbeginn und nach dem Gipfel der frankophonen Staaten, auf dem der französische Präsident Mitterrand sich für mehr Demokratie in Afrika aussprach - in Rwanda hatte eine Gruppe Intellektueller in einem Offenen Brief an den Präsidenten ähnliches gefordert - stimmte Habyarimana der Öffnung des politischen Systems zu. Am 24. September wurde eine Kommission eingerichtet, die ein neues politisches Modell erarbeiten sollte. Dieser bereits vor Kriegsbeginn initiierte Demokratisierungsprozeß wurde durch die Forderungen der FPR wie auch auf Druck von westlichen Gebern stark beschleunigt.

Während der politischen Öffnungsphase vervielfältigte sich die Anzahl der Zeitungen. Deren Journalisten ließen jedoch häufig jegliche Sorgfalt beim Recherchieren vermissen. Politiker wurden massiv beleidigt oder ohne Nachweis angeschuldigt, bestimmten politischen Richtungen und damit den Feinden oder gar der FPR anzugehören. Gerüchte wurden ausgestreut, viel schmutzige Wäsche gewaschen, manche Karriere zerstört. Frauen, die Batutsi sind und mit Bahutu verheiratet waren, wurden als Spioninnen der alten Feudalherren verdächtigt. Durch diesen Gebrauch der Pressefreiheit

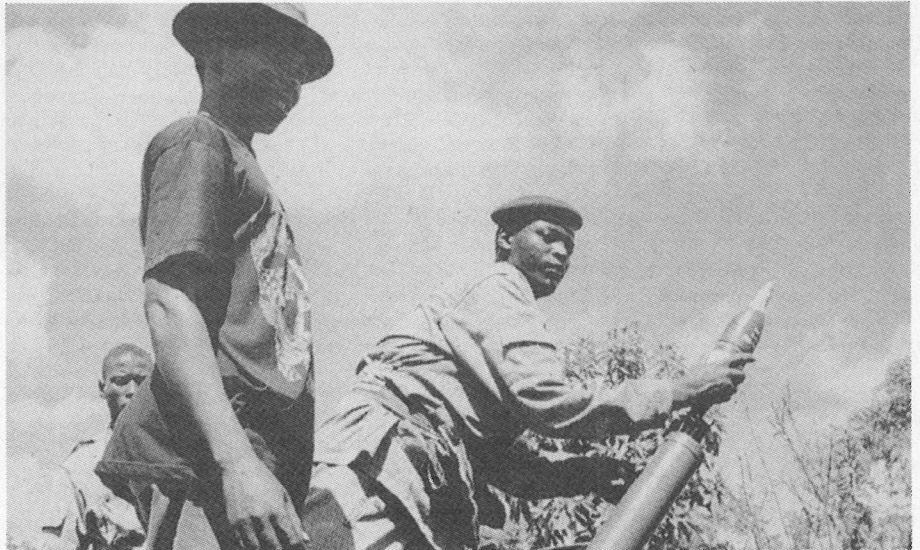
entstand ein Klima unfairer gesellschaftlicher Auseinandersetzungen.

Die neugegründeten Parteien unterscheiden sich in ihren Programmen kaum von der bisherigen Einheitspartei. Sie waren stark an regionale (Vertreter des Nordens), wirtschaftliche (Intellektuelle und Kaufleute) oder historische Gegebenheiten (Parmehutu-Bewegung, die zur Unabhängigkeit führte) gebunden. Es war kaum zu übersehen, daß viele führende Persönlichkeiten von Parteien weniger programmatisch interessiert waren, sondern vielmehr persönliche (Macht-)Interessen durchsetzen wollten. Die Kritik von westlichen und rwandischen Menschenrechtsorganisationen und die Vorwürfe der FPR bezüglich der Verletzung von Menschenrechten, mangelnder Demokratie, Behinderung der Justiz u.ä. übernahmen viele Politiker der neugegründeten Parteien als Argumente. Insbesondere dämonisierten sie die Regierungszeit unter Präsident Habyarimana (1973-1994), um die eigene Programm- und Orientierungslosigkeit zu verdecken. Die von vielen Gebern und westlichen Regierungen anfangs hochgeschätzte (Entwicklungs-) Politik des Habyarimana-Regimes wurde ab Anfang der 80er Jahre zunehmend autokratischer, regionalistischer und korrupter. Die Familie der Präsidentengattin, vom belgischen Juristen Filip Reyntjens als "politisch-kommerzielle Mafia" bezeichnet, spielte eine dominierende Rolle. Die Regierung unter Habyarimana war jedoch im Ausmaß ihrer Menschenverachtung, der Verfolgung von Kritikern und der Korruption kaum mit jener z.B. eines Pinochet (Chile) zu vergleichen. Einige Politiker der neuen Parteien, die heftige Kritik an der Regierungszeit unter Habyarimana übten, waren zeitweise Minister unter ihm (z.B. der am 7.4.1994 von der Präsidentenwache ermordete Landwirtschaftsminister Nzamurambaho der Partei MDR - Mouvement Démocratique Républicain). Diese Tatsache beeinträchtigte in erheblichem Maß die Glaubwürdigkeit der Oppositionspolitiker.

Durch die Verfassungsänderung im Juni 1991 konnten sich die entstehenden Parteien legalisieren. Im April 1992 wurde die erste Übergangsregierung unter dem Ministerpräsidenten Nsengiyaremye gebildet, an der die ehemalige, nach eigenen Angaben erneuerte Einheitspartei MRND, die MDR, PL (Parti Liberal), PSD (Parti Social-Démocrate) und PDC (Parti Démocrate Chrétien) beteiligt waren. Habyarimana mußte gezwungenermaßen viel von seiner Macht abgeben, was ihm nicht sehr leicht fiel und auch von vielen seiner Anhänger niemals richtig akzeptiert wurde. Ab diesem Zeitpunkt nahmen die Behinderungen von Friedensverhandlungen und die innere Destabilisierung zu.

Die seit dem Krieg ab Oktober 1990 sehr angespannte wirtschaftliche und politische Lage spitzte sich zu. Die Querelen unter den und innerhalb der Parteien verursachten

einen erheblichen Vertrauensverlust in ein demokratisches Politikmodell. Demokratie wurde von vielen mit Anarchie gleichgesetzt. Immer häufigere Morde an Politikern und Zivilpersonen schürten zusätzlich Angst und Haß. Während sich die inner-rwandischen Konflikte verschärften, trafen vermehrt militärische Erfolgsmeldungen der FPR ein. Die psychische Spannung, unter der die Menschen in Rwanda standen, nahm unerträglich zu. Die faschistische CDR und die MRND schulten arbeits- und perspektivlose Jugendliche zu Milizen (Interahamwe), die später auch bewaffnet wurden. Sie demonstrierten mit Gewalt gegen eine Beteiligung der FPR an der Regierung, dabei kam es häufig zu Verletzungen von Menschen und Beschädigungen von Sachen.



FPR-Kämpfer vor den Toren Kigalis

Die angeblich "Kriegs-Schuldigen"

Zu Beginn des Krieges wurden von den offiziellen Medien in Rwanda (Radio, Zeitungen) die Batutsi beschuldigt, Verursacher des Krieges zu sein. Das rwandische Militär führte im Oktober 1990 Razzien auf der Suche nach Sympathisanten der FPR durch, die besonders in Batutsi-Kreisen vermutet wurden. Ca. 8.000 Menschen wurden verhaftet, teilweise gefoltert und viele erst Monate später (u.a. auf Druck des Auslands) freigelassen. Ein Feindbild, das auf ethnischen Differenzierungskriterien beruht, war somit wieder belebt. Dabei beriefen sich Extremisten, insbesondere in Zeitungen wie Kangura, und später die Partei CDR und Teile der MRND auf eine angeblich jahrhundertalte Unterdrückungsgeschichte. Das in westlichen Medien für viele Konflikte in Afrika benutzte simple Erklärungsmuster der Stammesfehden wurde hier zum Kampfinstrument. Die Interessen der FPR wurden den Interessen aller Batutsi (ob in Rwanda oder im Ausland) gleichgesetzt. Es wurde unterstellt, daß die Batutsi die Herrschaft über die Mehrheit der Bahutu - wie vor der Revolution von 1959 - wieder ergreifen wollten. Dies mag für einige zutreffen, sicherlich jedoch nicht für die Mehrheit der Batutsi in Rwanda. Die meisten der in Rwanda lebenden Batutsi unterstützten lange die Politik Habyarimanas, auch wenn nicht wenige aufgrund von Quotenregelungen (10% für Batutsi) bei der Verteilung von Schul- und Studienplätzen sowie Ämtern im öffentlichen Dienst benachteiligt wurden.

Habyarimana wurde lange wegen seiner persönlichen Freundschaften und Geschäftsbeziehungen von vielen als zu Batutsi-freundlich bezeichnet.

Mit der Machtübernahme Habyarimanas 1973 wurde eine Welle gewaltsamer Übergriffe auf Batutsi gestoppt und zumindest ein vorläufiger innerethnischer Friede geschaffen. Gegenüber den Forderungen der

Flüchtlinge nach Rückkehr blieb er jedoch lange Zeit unnachgiebig.

In den vergangenen Jahren wurden zunehmend mehr Bahutu aus den nördlichen Regionen (der Herkunftsregion der Präsidentenfamilie) bei der Besetzung von Schlüsselpositionen bevorzugt, was unter der Bevölkerung im Süden verständlicherweise zu großer Unzufriedenheit und Kritik am herrschenden System führte.

Der Friedensvertrag von Arusha

Nach dem zweieinhalb Jahre dauernden "Oktoberkrieg" wurden große Gebiete des Nordens Rwandas von den Truppen der FPR kontrolliert. Unter Vermittlung von Tansania nahm die Regierung Habyarimana in Arusha (Tansania) Verhandlungen mit der FPR auf.

Während der Friedensverhandlungen wurden diejenigen, die das Recht der FPR auf Beteiligung an der Regierung anerkannten, von bestimmten Gruppen schnell zu Rwanda-Feinden erklärt (z.B. Vertreter der Parteien MDR, PSD, PL). Schon während der Verhandlungen, verstärkt aber nach Abschluß des Vertrags von Arusha im August 1993, kam es zu Spaltungsprozessen, die auf regionalistische sowie auf ethnischen Differenzierungen beruhten. Dabei war das ethnische Argument jedoch eher das Produkt eines Feindbildes, das die politischen, wirtschaftlichen, sozialen und psychischen Konflikte zudecken sollte. Am 4. August 1993 wurde nach langen schwierigen Verhandlungen ein Friedensvertrag geschlossen, der die politische Landkarte radikal verändern sollte. Die FPR sollte erstmals an der Macht teilhaben. Ihre Armee sollte 40% der rwandischen Armee stellen. Sie sollte wichtige Schlüsselministerien übernehmen. Zur Bildung der erweiterten Übergangsregierung unter Beteiligung der FPR zogen im Dezember 1993 FPR-Politiker, zu ihrem Schutz von 600 FPR-Soldaten und belgischen Blauhelmen begleitet, in das

Parlamentsgebäude in der Hauptstadt Kigali ein.

Versuche, die bereits nach dem Arusha-Vertrag gebildete Regierung einzusetzen, scheiterten Anfang 1994 mehrmals wegen Streitigkeiten innerhalb der Parteien und der Unnachgiebigkeit Habyarimanas. Das gesamte politische System geriet in eine Sackgasse, aus der es scheinbar kein Entrinnen gab.

Verzweiflung und Hoffnungslosigkeit

Schon seit Beginn des Krieges war die Unterstützung der FPR durch die rwandische Bevölkerung sehr viel geringer, als von ihr erhofft. Im Februar 1993 waren etwa eine Million Menschen auf der Flucht vor den Kämpfen im Norden Rwandas, die meisten "deplacés" (landesinterne Flüchtlinge) lebten in Lagern, ihre armseligen Grasdächer zum Schutz vor Regen wurden scherzhaft "blindés" (Panzer) genannt. Viele fanden Unterstützung bei Verwandten und Bekannten, die dadurch materiell schwer belastet wurden. Es gab bereits eine Million rwandischer Flüchtlinge im eigenen Land, als ab Oktober 1993 die Flüchtlinge aus Burundi hinzukamen. Für viele Menschen gab es keine Möglichkeit mehr, sich wie bisher selbst zu ernähren. Stattdessen wurden sie von ausländischen Nahrungsmittellieferungen abhängig. Die Verzweiflung der Entwurzelten sowie die Belastung zahlreicher Familien, deren zu versorgende Mitglieder sich vervielfacht hatten, trugen zur ohnehin kaum erträglichen Spannung bei.

Die politischen Institutionen in Rwanda verloren zunehmend an Autorität, niemand war mehr in der Lage, die marodierenden Milizen aufzuhalten. Mord, Diebstahl und Plünderungen wurden zum alltäglichen Mittel, sich gegen Schwächere durchzusetzen. Keine Instanz zog die Kriminellen zur Rechenschaft. Besonders in der Hauptstadt



Belgischer Soldat in Kigali

Kigali, aber auch zunehmend in ländlichen Regionen, nahm die Angst aller Menschen vor der alltäglichen Gewalt zu. Politiker wie der Vorsitzende der PSD, Felicien Gatabazi, und Zivilisten wurden ermordet. Dabei schoben sich die politischen Parteien gegenseitig die Schuld an den Morden zu. Diejenigen, die versuchten, ein Gespräch über die Situation in Gang zu bringen, wurden schnell diskreditiert. Rwanda näherte sich bereits vor der Ermordung Habyarimanas anarchischen Verhältnissen. Angestachelt wurden diese Konflikte noch durch das Propaganda-Radio "Muhabura" der FPR und das Propaganda-Radio der Extremisten in Rwanda, Radio-Télévision Libre des Mille Collines (RTL).

Die hochexplosive Spannung in Rwanda entlud sich am 6.4.1994 mit dem Abschluß des Flugzeugs, bei dem nicht nur der rwandische, sondern auch der burundische Präsident Cyprien Ntaryamira, der Oberbefehlshaber der rwandischen Armee sowie mehrere andere Politiker den Tod fanden. Die für den Abschluß Verantwortlichen sind bis heute nicht identifiziert. Allerdings gibt es viele Spekulationen; der Abschluß wird dem jeweiligen Feind unterstellt. Es wurden sogar belgische UN-Soldaten verdächtigt. So kam es zu großen Feindseligkeiten gegenüber Belgien, mit der Folge, daß Belgien seine 430 (von insgesamt 2.500) Blauhelme abzog. Der belgische Außenminister Willy Clacs äußerte sich beleidigt über die Undankbarkeit der Rwander, denen man so viele Jahre zur Seite gestanden habe.

Sofort begannen Kämpfe um die Hauptstadt Kigali. Die Präsidentenwache und Extremisten nutzten die Verwirrung, um ihre Feinde, also angebliche oder tatsächliche Sympathisanten der FPR, brutal zu ermorden (so z.B. die Ministerpräsidentin Agathe Uwiringiyimana, Minister der Regierungsparteien sowie zahlreiche Batutsi). Die FPR, mit 600 Militärs im ehemaligen Parlamentsgebäude stationiert, griff in die Kämpfe ein. Dazu kamen Banditen und Plünderer, die vom Chaos profitierten. In wenigen Tagen wurden viele Tausend unschuldige Frauen, Männer und Kinder, Batutsi wie Bahutu, auf grausame Art und Weise (mit Knüppeln und Macheten) umgebracht. Auf in westlichen Medien gemeldete militärische Erfolge der FPR (z.B. in RFI-Radio France Internationale) reagierten sofort Milizen, die den "Feind" ausmerzen wollten.

Die FPR behauptet, daß sie eine breite Unterstützung unter der rwandischen Bevölkerung hat. Doch diese Behauptung ist längst widerlegt. Bei jedem Vordringen muß sie mit erbittertem Widerstand oder mit der Flucht der Menschen rechnen. So flüchteten Anfang Mai innerhalb von 48 Stunden etwa 250.000 Rwander über die Rusumo-Grenzstelle im Südosten Rwandas nach Tansania. Heute überleben sie eher schlecht als recht im weltweit größten Flüchtlingslager.

Die Stärke der rwandischen Armee wurde bisher stark unterschätzt. Sollte die FPR jedoch militärische Siege erringen können, so wird dies kein politischer Erfolg sein. Sie wird von der großen Mehrheit nicht als

Entstehung und Krise der Demokratie in Burundi

Stark beeinflusst wurden Einstellungen und Stimmungen der Menschen in Rwanda durch die Ermordung des ersten demokratisch gewählten burundischen Präsidenten Melchior Ndadaye am 21.10.1993 (Angehöriger der Bahutu) sowie durch die darauf folgenden tödlichen Auseinandersetzungen in Burundi. Nach schweren Massakern an der Zivilbevölkerung im Nordosten Burundis im August 1988 war die burundische Regierung, die sich seit der Unabhängigkeit 1962 vorrangig aus der Minderheit der Batutsi zusammensetzte, gezwungen, die Bevölkerungsmehrheit der Bahutu (ca. 85% wie in Rwanda) an der Regierung zu beteiligen. Der damalige Präsident Buyoya bereitete den Weg zu einem demokratischen Modell, der im Juni 1993 zu den ersten freien, demokratischen Wahlen Burundis führte. Die überwiegend von Bahutu gestützte Partei Frodebu (Front pour la Démocratie au Burundi) erreichte einen überwältigenden Wahlsieg (73%). Die Menschen konnten endlich wieder aufatmen und neue Hoffnungen schöpfen. Dem wurde mit der Ermordung Ndadayes und zahlreicher Politiker der Frodebu durch Extremisten des burundischen Militärs ein schnelles Ende gesetzt. Gegen diese Gewalt wehrte sich die bäuerliche Bevölkerung mit Knüppeln und Macheten, das Militär wiederum antwortete mit Kugeln. Das burundische Militär setzt sich bis hin zu den niederen Rängen zu 98% aus Batutsi zusammen. Aufgrund der knapp 30jährigen Batutsi-Vorherrschaft nach der Unabhängigkeit gab es in Burundi sehr viel stärkere "ethnische" Konflikte als in Rwanda. Dabei besteht kaum Interessensgleichheit der Bahutu oder Batutsi von Burundi und Rwanda. Die Tatsache, daß die rwandische FPR jedoch als Batutsigruppe angesehen wird, ließ zahlreiche Menschen in den beiden Ländern befürchten, daß es eine enge Zusammenarbeit und gezielte Aktionen mit dem burundischen Militär geben würde. Nach der Ermordung von Ndadaye flüchteten ca. 700.000 Menschen aus Burundi, davon 300.000 in den Süden Rwandas, wo sie schlecht versorgt in Lagern untergebracht waren.

Befreier, sondern als Besatzer angesehen, der mit Unterstützung des Auslands eine verhaßte feudale Tradition verkörpert. Allerdings gibt es Stimmen, die angesichts der von den rwandischen Milizen und anscheinend auch von der Armee verübten systematisch geplanten Massakern an der Zivilbevölkerung in einem möglichen Sieg der FPR die Chance sehen, wieder Frieden und Ord-

nung herzustellen. Doch wird auch die FPR beschuldigt, in den von ihr kontrollierten Gebieten brutal gegen die Menschen vorzugehen. Die Stimmung und Einstellungen der Rwander zu den verschiedenen Gruppierungen können nur durch demokratische Wahlen ermittelt werden, deren Durchführung jetzt wohl erst in ferner Zukunft möglich sein wird.

Vermittlungsversuche

Am 8.4.1994 (also zwei Tage nach dem Tod des Präsidenten) wurde unter Beteiligung der Parteien MRND, MDR, PSD, PL und PDC eine neue Regierung gebildet, deren erklärtes Ziel es ist, die Formierung der in Arusha vereinbarten erweiterten Übergangsregierung unter Einbeziehung der FPR voranzutreiben. Der Präsident der Nationalversammlung (Parlament) Theodore Sindikubwabo (MRND), wurde zum Staatspräsidenten ernannt und Jean Kambanda (MDR) zum Ministerpräsidenten. Im Westen ist bisher kaum etwas über die Aktivitäten der neuen Regierung und ihren Willen, den Krieg und die Massaker zu beenden, bekannt geworden. Sie mußte wegen heftiger Kämpfe die Hauptstadt schnell in Richtung Süden verlassen und versank dort zunächst in Schweigen, was zumindest teilweise durch mangelnde Kommunikationsmittel zu erklären ist. Es ist offensichtlich so, daß sie auch keinen einheitlichen Standpunkt vertritt. Während sich der rwandische

Außenminister bei Gesprächen in Paris und Bonn wenig versöhnlich zeigte und weiterhin der FPR alle Schuld in die Schuhe schiebt, fordert der Botschafter in Frankreich, einen Waffenstillstand zu schließen und mit der FPR Verhandlungen aufzunehmen.

Die von den Vereinten Nationen im Dezember 1993 entsandten Blauhelme sollten die Einsetzung der damaligen, nach Maßgabe des Arusha-Abkommens gebildeten Übergangsregierung sichern; sie hatten aber ein beschränktes Mandat, das ihnen jegliches Eingreifen untersagte. So waren sie kaum in der Lage, Zivilisten zu schützen oder zu bergen. Doch versuchte die MINUAR (Mission des Nations Unies pour l'Assistance au Rwanda) immer wieder vergeblich, einen Waffenstillstand zu erreichen. Am 21.4. entschied der UN-Sicherheitsrat, das UN-Kontingent bis auf 270 Militärs und Zivile abziehen. Es folgten weitere Morde. Auf Intervention des Generalsekretärs der UN, Boutros Boutros Ghali, wurde daher der Beschluß revidiert. Am 16. Mai wurde beschlossen, bis zu 5.500 Blauhelme mit rein humanitärem Mandat nach Rwanda zu schicken. Vielleicht können dadurch wenigstens die vielen tausend Menschen geschützt werden, die sich in Hotels, Stadien und Kirchen geflüchtet haben.

Die tansanische Regierung hat sich bereit erklärt, eine Vermittlerrolle zu übernehmen. Inzwischen wurden mit Unterstützung der Organisation afrikanischer Einheit (OAU) und dem UN-Sonderbeauftragten Jacques-

Roger Booh-Booh verschiedene Termine festgelegt, bei denen die Vertreter der FPR und der rwandischen Übergangsregierung sich jedoch aufgrund der Ablehnung der FPR nicht trafen. Die FPR weigerte sich bereits im Vorfeld, mit der Regierung ("eine Regierung von Mördern") zu verhandeln. Das diplomatische Karussell begann sich zu drehen, die USA haben breite Unterstützung zugesichert, damit z.B. die OAU Truppen entsenden kann, die einen eventuellen Waffenstillstand sichern sollen. Die FPR lehnte bisher Vermittlungsversuche ab. Sie will vielmehr den militärischen Sieg, um dann mit den früheren Oppositionsparteien ein neues Rwanda aufzubauen. Im Nachbarland Burundi wird die Lage immer angespannter. Es ist zu befürchten, daß es auch in Burundi wieder zu Aufständen kommt, insbesondere wenn die FPR weitere militärische Erfolge in Rwanda erringt.

Dem unvorstellbaren Morden in Rwanda liegt ein politischer Konflikt zugrunde, den wirtschaftliche, soziale und psychologische Komponenten sehr verschärft haben.

Hildegard Schürings

Anmerkungen:

1) Der Schreibweise Bahutu und Batutsi liegt eine direkte Übertragung aus dem rwandischen Ikingyarwanda zugrunde.

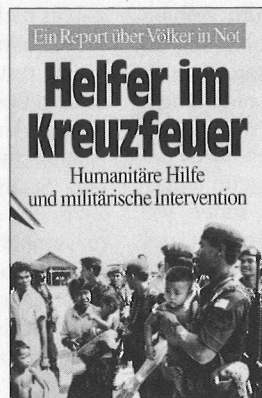
2) Vgl. Hildegard Schürings: Rwandische Zivilisation und christlich-koloniale Herrschaft. Frankfurt 1992, Bezug bei: ISOKO e.V., Vorgebirgstr. 8, 53111 Bonn.

• Asyl/Flüchtlinge



Der offizielle Bericht des Hohen Flüchtlingskommissars der UN über die Lage der weltweit 18,2 Mio. Flüchtlinge. 208 S., zahlr. Grafiken, Großbroschur, DM 29,80/233,-/sFr 30,80 ISBN 3-8012-0211-9 Erscheint im Juni 1994

• Völker in Not



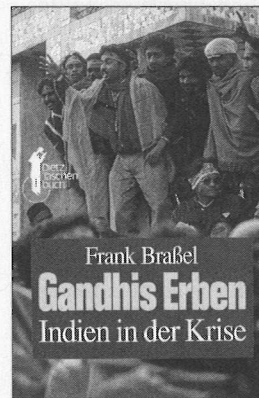
Das Buch analysiert die 10 derzeit drängendsten Krisenregionen und untersucht die Chancen internationaler Hilfe. Herausgegeben von „Ärzte ohne Grenzen“. 224 S., Dietz-Tb 58, DM 19,80/öS 155,-/sFr 20,80 ISBN 3-8012-3058-9

• Süd(ost)asien



„Wer jetzt noch leichtfertig argumentiert, pauschal, verschwommen, der hat Nohlen/Nuscheler nicht gelesen“, schreibt ein Kritiker. Recht hat er. Band 7 ca. 496 S., Hardcover, DM 49,80/öS 389,-/sFr 50,80 ISBN 3-8012-0207-0 Erscheint im Juni 1994

• Indien



Der indische Subkontinent befindet sich politisch und sozial in einer Zerreißprobe. In Analysen, Gesprächen und Porträts zeichnet der Autor ein Bild dieses Landes nach der Ära der Gandhis. 144 S., Dietz-Tb 60 DM 19,80/öS 155,-/sFr 20,80 ISBN 3-8012-3060-0

Dietz Verlag J.H.W. Dietz Nachfolger

In der Raste 2 · 53129 Bonn · Tel. 02 28/23 80 83 ▶ Bitte Gesamtverzeichnis anfordern!

WELT WÄRTS